

Kleine Anfrage

der Abg. Christian Schäfer und Kurt Hermann AfD

Flucht von Straftätern aus dem Zentrum für Psychiatrie Emmendingen – Gründe, Häufigkeit und notwendige Sicherheitsmaßnahmen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Vorstrafen und polizeilichen Auffälligkeiten hatte der 34-jährige Mann marokkanischer Staatsangehörigkeit vor seiner Unterbringung im Zentrum für Psychiatrie Emmendingen?
2. Welchen Aufenthaltsstatus oder Asylstatus hatte der 34-jährige Mann zum Zeitpunkt seiner Unterbringung und Flucht?
3. Aus welchen Gründen befand sich der Mann im Zentrum für Psychiatrie Emmendingen?
4. Welche konkreten Gründe führten in den drei Fällen der letzten Monate zu den Entweichungen der Straftäter aus dem Zentrum für Psychiatrie Emmendingen?
5. Welche Rolle spielten genehmigte Freigänge und Lockerungen bei den Fluchten der drei Straftäter in diesem Zeitraum?
6. Wie oft kam es in den letzten fünf Jahren zu Entweichungen aus dem Zentrum für Psychiatrie Emmendingen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
7. Wie viele Entweichungen gab es landesweit im Maßregelvollzug Baden-Württembergs in den letzten fünf Jahren (bitte nach Jahren und Einrichtungen differenziert)?
8. Welche strukturellen oder organisatorischen Gründe sieht die Landesregierung für die aktuelle Häufung von Fluchten aus dem Zentrum für Psychiatrie Emmendingen?
9. Welche sofortigen und mittelfristigen Maßnahmen plant die Landesregierung, um künftige Entweichungen bei Freigängen und Lockerungen zu verhindern?
10. Welche gesetzlichen Änderungen im Maßregelvollzugsrecht hält die Landesregierung für erforderlich, um die Sicherheit bei der Unterbringung gefährlicher Straftäter zu erhöhen?

21.5.2026

Schäfer, Hermann AfD

Begründung

Die Berichterstattung des SWR vom 13. Mai 2026 zeigt, dass innerhalb weniger Tage drei Straftäter aus dem Zentrum für Psychiatrie Emmendingen entwichen sind. Der 34-jährige Mann marokkanischer Staatsangehörigkeit kehrte am 1. Mai nicht von einem genehmigten

Freigang zurück. Solche Vorfälle häufen sich derzeit. Im Maßregelvollzug Baden-Württembergs mit durchschnittlich rund 1 600 untergebrachten Personen gab es in früheren Jahren jährlich etwa 20 bis 35 Entweichungen (je nach Definition ohne geringfügige Ausgangsüberschreitungen). Dennoch belasten wiederholte Fluchten die öffentliche Sicherheit.

Eine genaue Aufklärung der Gründe, der Häufigkeit und der Rolle von Lockerungen ist dringend notwendig. Die Landesregierung muss mögliche Verbesserungen bei der Überwachung, baulichen und personellen Sicherung sowie notwendige Gesetzesänderungen benennen. Nur so lassen sich Wiederholungen vermeiden und der Schutz der Bevölkerung gewährleisten.